



c/o Jörg Schmidt-Rohr
Vincent e.V.

Alte Eppelheimer Straße 38
69115 Heidelberg

0173-3008579
info@das-heidelberger-
buendnis.de

Zusammenfassende Anmerkungen zur Abfrage des

Heidelberger Bündnisses bei den Kandidierenden Zur Bundestagswahl 2025

Soziale Unsicherheit schadet dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und kann damit die Demokratie gefährden. In Zeiten multipler Krisen ist es unserer Ansicht nach wichtig alles zu tun, was soziale Sicherheit und das Vertrauen in das Funktionieren der öffentlichen Infrastruktur stärkt.

Als Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung haben wir uns daher mit einigen Fragen zu den Themen Finanzierung im Sozialstaat, Bürgergeld, Wohnen und Sozialleistungen für Geflüchtete an die in Heidelberg persönlich Kandidierenden gewandt. Hierbei haben wir gemäß unserem Verständnis die AfD nicht eingeschlossen.

Wir bekamen von den im Bundestag vertretenen Parteien – leider außer der FDP- jeweils eine Antwort, zudem von den Freien Wählern und Volt. Die folgenden Aspekte sind notwendigerweise verkürzend und nur Schlaglichter aus den umfangreichen Antworten.

Alle Antworten haben wir auf unserer Homepage veröffentlicht und sie sind dort im Detail einsehbar.

www.das-heidelberger-buendnis.de

Wir denken, dass unabhängig davon, wer am Ende die zukünftige Regierung bildet, die Aussagen in die Zukunft weisen und man die Handelnden Personen aus Heidelberg daran auch künftig messen kann. Im Folgenden wird aus Gründen der Vereinfachung immer die Partei genannt, aber die Antworten sind von den in Heidelberg Kandidierenden, oft auch mit persönlichen Sichtweisen und nicht nur abgeschriebene Parteiprogramme.

Gerade in der Analyse der großen Problemlagen im Sozialstaat, wie der unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen, die am Ende die wichtigen Leistungen nah am Menschen finanzieren, sind sich die Befragten mehr oder weniger einig. Und auch bei der unsicheren finanziellen Zukunft der Sozialversicherungen wie Rente und Krankenversicherung sowie der inzwischen völlig unübersichtlichen Komplexität der Leitungen und der Vielfalt der Leistungsträger sehen alle die Probleme.

Natürlich sind die Schlussfolgerungen unterschiedlich, aber es sind sich alle einig, dass die Kommunen mehr Geld brauchen und dass es bei neuen Aufgaben, die per Gesetz an sie gehen, auch das Geld dazu geben muss. SPD und Linke benennen auch die Altschuldenproblematik, SPD, Volt und Linke würden auch die Steuerverteilung zu Gunsten der Kommunen ändern, die Grünen wollen die Kommunen vor allem bei den Strukturinvestitionen entlasten.

Bei den Sozialversicherungen gibt es recht unterschiedlichste Ansätze- von mehr Steuerfinanzierung der sozialen, öffentlichen Leistungen und Anreizen für längeres Arbeiten in der Rente von der CDU- klaren Erhalt des Rentenniveaus von 48 % SPD und Grüne – einer Erhöhung auf 53 % bei der Linken-

bis zu einem breiten Konsens der linkeren Parteien für eine Bürgerversicherung in verschiedenen Ausprägungen, die alle Einzahlenden einbezieht. Grüne und Volt benennen auch die Entwicklung einer Kapitaldeckung als Ergänzung in der Rentenversicherung.

Bei der Frage, wie man den Sozialstaat aus seinen eigenen verkomplizierenden Verwirrungen, in denen er sich verheddert hat, befreien könnte, gibt es unserer Ansicht nach keine wirklichen Ansätze. Alle wollen mehr Digitalisierung-wie z.B. die Deutschland APP (Grüne) -ob das eine Lösung ist? Oder ein besserer Datenaustausch (CDU)? Mehr Beratung (SPD)

Ansonsten Transparenz, Vereinfachung, Entbürokratisierung als Schlagworte.

Von der Linken kommt noch die Zusammenfassung von Leistungen wie die Kindergrundsicherung, aber das Modell in der Koalition hat ja die Komplexität eher verschärft.

Beim Thema Bürgergeld klaffen die Positionen schon deutlich weiter auseinander. CDU und Freie Wähler wollen es dahingehend ändern, dass es mehr Sanktionen gibt und die die arbeiten können, dies mit entsprechendem Druck auch tun. Aber auch dem Anreiz höherer Hinzuverdienstgrenzen (CDU aber auch Grüne). Das wird auf der anderen Seite des Spektrums ganz anders gesehen, die Linke will weniger Sanktionen, die SPD zumindest nicht mehr, dafür mehr Unterstützung. Auch bei der Höhe sieht die die CDU keinen Spielraum, die Linke hält es für zu niedrig, die anderen wollen es entsprechend der Lebenshaltungskosten gestalten.

Eine Arbeitspflicht wird von fast allen abgelehnt, von der CDU zumindest für diejenigen, die nicht ohne weiteres arbeiten können.

Bei der Höhe des Mindestlohns, der ja mit der Höhe der Grundsicherung in Relation steht, verweist die CDU auf die Mindestlohnkommission, alle anderen würden sich mindestens an der EU-Richtlinie orientieren bzw. den Mindestlohn auf 15 € setzen wollen.

Das Thema preisgünstiger Wohnraum hat bekanntlich in Heidelberg eine besondere Brisanz und ist hier oft das Grundproblem der sozialen Sicherung des Lebens.

Alle waren sich einig, dass mehr Geld in den sozialen Wohnungsbau fließen soll. Auch in die Schaffung von mehr barrierefreiem Wohnraum. Die Mietpreisbremse in der Form findet die CDU ausreichend, die SPD würde sie strenger gestalten, Volt modernisieren und die Linken wollen einen Mietendeckel ohne Erhöhungen.

Auch die neue Wohnungsgemeinnützigkeit wird vielfach als Instrument (Freie Wähler, Linke) genannt. Interessanterweise sind Grüne und Freie Wähler auch für mehr Wohnungseigentum.

Einig sind sich alle, dass die Bauvorschriften und Standards vereinfacht, entbürokratisiert und gestrafft werden müssen, damit das Bauen wieder günstiger wird.

Erwartbar waren die Antworten bei den sozialen Leistungen für Geflüchtete sehr unterschiedlich. Während CDU und Freie Wähler die niedrigeren Leistungen gegenüber der Sozialhilfe für richtig halten, lehnen Volt und die Linke dieses niedrigere Niveau explizit ab.

Auch bei der Bezahlkarte für Geflüchtete gibt es die klaren Befürworter (CDU und Freie Wähler) die klare Ablehnung bei Volt und der Linken und die Zwischenposition. (Grüne keine Bargeldobergrenze, SPD diskriminierungsfreie Ausgestaltung)

Die Abfrage zeigte, dass die demokratischen Parteien und KandidatInnen in Heidelberg für den sozialen Bereich zwar schon gemäß der Grundansichten zu dem Umgang mit sozialen Fragen entsprechend unterschiedlich sind, es aber doch auch bei einigen wichtigen Punkten Überstimmungen oder Kompromisslinien gäbe.